

Die Ostergottesdienste und der Weiße Sonntag können wieder in der Hauensteiner Christkönigskirche gefeiert werden



HAUENSTEIN. Es kommt nicht oft vor, dass Sanierungsarbeiten schneller als prognostiziert abgeschlossen werden. Der seltene Fall ist bei der Hauensteiner Christkönigskirche, die in den vergangenen Wochen einen neuen Anstrich erhielt, eingetreten: Die Ostergottesdienste und der Weiße Sonntag können wider Erwarten in der großen und mit einem neuen Anstrich versehenen Pfarrkirche -der „Burg Gottes im Wasgau“- gefeiert werden.

Der Planer war eigentlich davon ausgegangen, dass die Anfang Januar begonnenen Arbeiten bis in den Sommer andauern würden. Denn bevor mit den Streicharbeiten begonnen werden konnte, mussten in den Seitenschiffen erhebliche Setzungsrisse bearbeitet werden: Sie waren, wie Architekt Gerhard Lauerbach mitteilte, bis zu einer Tiefe von vier Zentimetern freizulegen und anschließend wieder zu verfüllen, eine Arbeit, die Stuckateurmeister Johannes Ruppert erledigte .

„Der Trocknungsvorgang hat sich dann sehr positiv entwickelt“, sagte Lauerbach. Zu Beginn der vergangenen Woche sei noch eine Restfeuchte von 1,3 Prozent gemessen worden. Nach Rückfrage beim Hersteller der ausgewählten Farbe kam von dort grünes Licht, sodass die Wände an der Vorderseite der Seitenschiffe gestrichen werden können. Bis Samstag war dann Malermeister Adrian Wengert am Werk. Die Seitenwände des über 60 Meter langen Gotteshauses waren schon in den Wochen zuvor gestrichen, das Gerüst weitgehend abgebaut worden.

Im Sonntagsgottesdienst informierte Pfarrer Gerhard Kästel die Gemeinde über diese Entwicklung. Nun müsse das Gebäude intensiv gereinigt werden, die Kirchenbänke müssen an ihren Platz gebracht werden. Er werde im Laufe der Woche noch Details zur Organisation dieser Arbeiten mitteilen und baue auf die Mithilfe der Gemeinde. Erfreut habe er registriert, dass sich Mütter von Erstkommunionkindern bereits bereit erklären, bei der Reinigung zu helfen.

Die Gesamtkosten der Maßnahme belaufen sich auf rund 100.000 Euro. Bislang gingen rund 40.000 Euro an Spenden ein. Der Rest müsse über Rücklagen finanziert werden, teilte der Pfarrer mit. (ran)

SPD kommt mit 13 Bewerbern

HAUENSTEIN. Mit einer nur 13 Personen umfassenden Liste tritt die SPD zur Wahl des 24 Sitze umfassenden Verbandsgemeinderates Hauenstein am 26. Mai an, der bis zum Vollzug der Fusion mit der VG Dahner Felsenland im Amt sein wird. Zum Spitzenkandidaten wählten die 18 anwesenden Genossen den Vorsitzenden des SPD-Gemeindeverbandes, Andreas Wilde aus Hauenstein. Er ist derzeit Beigeordneter der Verbandsgemeinde und in Personalunion Sprecher der fünfköpfigen SPD-Fraktion im

Rat. Er kandidiert auch für das Amt des Ortsbürgermeisters in Hauenstein.

Die Liste umfasst Kandidaten -ausschließlich Männer- aus Spirkelbach, Hinterweidenthal, Wilgartswiesen/Hofstätten und Hauenstein. Bewerber aus den Gemeinden des Luger Tals fehlen, deren Abstinenz Wilde auf die Bedingungen der Kommunal- und Verwaltungsreform zurückführt, wo man sich im Luger Tal mit überwältigender Mehrheit für ein Zusammengehen mit der VG Annweiler ausgesprochen hatte: „Wir verstehen die Bürgerinnen und Bürger aus dem Luger Tal. Für uns ist aber der eingeschlagene Weg der Freiwilligkeit die bessere Option. Eine Neugestaltung und Fusion der Verbandsgemeinden mit Zwang vergiftet das Klima auf beiden Seiten umso mehr. Und das Ergebnis ist dasselbe“, stellte Wilde fest.

Er betonte, dass sich die SPD-Fraktion nicht nur um die KVR „gekümmert“ habe, sondern „viel auf den Weg gebracht und die Bürger und die Kommunen entlastet“ habe. Gemeinsam mit den Koalitionspartnern von FWG und Grünen habe man „fast alles aus unserem Koalitionsvertrag umgesetzt“. Vor allem habe man in der vergangenen Legislatur „die Ortsgemeinden um mehr als 700.000 Euro entlastet“. Das habe es in diesem Maß seit Gründung der Verbandsgemeinde Hauenstein nicht gegeben.

Die SPD könne auf viele Projekte verweisen, die von ihr angestoßen wurden: Wilde nannte unter anderem die Einführung der Ehrenamtskarte, die Mitfahrerbanke in der Verbandsgemeinde, den „Stopp der ständigen Gebührenerhöhung“ in den Werken, die Entlastung der Bürger im Bereich Schmutzwassergebühr, er nannte Kanalsanierungen und den Umbau des Wasserhochbehälters Zimmerberg.

Als weitere Maßnahmen wolle man den Um- oder Neubau der Feuerwehrrätehäuser Schwanheim und Hinterweidenthal in den Rat einbringen. Und man werde in der nächsten Sitzung des Verbandsgemeinderates die Sanierung des Schulschwimmbades und der Schulturnhalle Hauenstein beantragen. Das sei „politischer Wille“ auch der Koalitionsfraktionen. Der CDU im Rat schrieb Wilde ins Stammbuch, dass sie „schwach aufgestellt“ sei.

Wilde berichtete bei der Mitgliederversammlung auch, dass der Gemeindeverband im Jahr 2018 ein Plus von 5 Mitgliedern zu verzeichnen hatte und jetzt aus 46 Mitgliedern besteht. In den Ortsgemeinden Spirkelbach, Hinterweidenthal und Hauenstein würden „starke SPD- Listen“ für die Wahlen zu den Ortsgemeinderäten aufgestellt.

Die Liste der SPD für die Wahl zum Verbandsgemeinderat

Andreas Wilde (Hauenstein); Dreifachbenennung

Edgar Perret (Spirkelbach); Dreifachbenennung

Steffen Schön (Hinterweidenthal); Dreifachbenennung

Philipp Burkhard (Hauenstein); Zweifachbenennung

Anton Varga (Hofstätten); Zweifachbenennung

Matthias Andres (Hinterweidenthal); Zweifachbenennung

Collin Philipps (Hauenstein); Zweifachbenennung

Armin Handwerker (Spirkelbach); Zweifachbenennung

Volker Schumb (Spirkelbach); Einfachbenennung

Jan Spielberger (Hauenstein); Einfachbenennung

Ralf Christmann (Spirkelbach); Einfachbenennung

Rene Kirsch (Hauenstein); Einfachbenennung (ran)

Es geht um die Zukunft der Friedenskirche



HAUENSTEIN. Bei der Pfarrversammlung, die sich am Sonntag in der Bartholomäuskirche mit der Zukunft der Friedenskirche befasste, schlossen sich die anwesenden Pfarrangehörigen weitgehend jener Meinung an, die Pfarrer Gerhard Kästel einleitend formuliert hatte: „Wenn wir eine Kirche aufgeben, um die beiden anderen in die Zukunft zu retten, dann haben wir Großes getan.“

Der Pfarrversammlung, der rund 80 Interessierte beiwohnten, hatte der Ortspfarrer zunächst deutlich gemacht, dass dieses Gremium selbst keine Entscheidung über die künftige Verwendung des 1972 eingeweihten Gotteshauses treffen könne. Die Beschlüsse müssten im Verwaltungsrat getroffen werden. Bei der Pfarrversammlung wolle man „die Gemeinde hören“, man wolle „wichtige Informationen geben, damit sich jeder ein eigenes Bild machen kann“.

Der Pfarrer informierte zunächst darüber, dass der Verwaltungsrat bereits vor fünf Jahren beschlossen habe, außer „Notmaßnahmen“ keine „größeren finanziellen Aufwendungen für die Friedenskirche“ zu genehmigen. Seit zwei Jahren finden nun, weil sich der bauliche Zustand rapide verschlimmerte, in dem Gotteshaus im Wohngebiet Hinter dem Felsen keine Gottesdienste mehr statt.

Über die Schäden berichtete Alexandra Ruffing, die stellvertretende Leiterin des Bischöflichen Bauamts: Das Blechdach weise durch immer wieder entstehendes Kondensat „unterseitig Weißrost auf, sodass ständig neue Löcher entstehen“. Sie seien in den vergangenen Jahren regelmäßig notdürftig mit Folien überklebt worden. Das habe aber nicht verhindern können, dass zunehmend Wasser in den Kirchenraum eindrang. Zweiter Schadensschwerpunkt ist die Sichtbetonfassade und besonders der Turm: Hier reiche die Überdeckung der Stahlarmierung nicht aus, sodass die Bewehrung rostet, Betonteile abplatzen und Risse entstehen. Aus Sicherheitsgründen sind deshalb die Zuwegung und der Zugang zur Kirche abgesperrt.



Eine Sanierung sei grundsätzlich machbar, konstatierte Alexandra Ruffing, sie sei aber mit einigem finanziellen Aufwand verbunden. Bei einer Kostenermittlung vor anderthalb Jahren habe man einen Sanierungsaufwand von 500.000 Euro errechnet. Bei den zuletzt rasant gestiegenen Baupreisen müsse man davon ausgehen, dass für die akuten Maßnahmen jetzt rund 600.000 Euro aufzuwenden wären. Der Regelzuschuss des Bistums liege bei 60 Prozent (360.000 Euro), sodass die Pfarrgemeinde selbst noch rund 240.000 Euro zu stemmen hätte.

Ruffing geht zudem davon aus, dass pro Jahr im Durchschnitt zwischen 15.000 und 20.000 Euro zur baulichen Unterhaltung aufzubringen wären. Walter Schmitt, langjähriger Kirchenrechner und Mitglied des Verwaltungsrats, informierte, dass an fixen Kosten für das Gotteshaus –auch ohne gottesdienstliche Nutzung- pro Jahr rund 8.000 Euro aufzubringen seien. Er bezifferte die Rücklagen für das Gotteshaus auf einen Betrag zwischen 60.000 und 70.000 Euro.

Vor diesem Hintergrund wollte Patrick Stöbener den Anwesenden und den Entscheidungsträgern „ans Herz legen, das Gebäude aufzugeben“. „Wir können der nächsten Generation nicht noch weitere Kosten aufbürden“, sagte er und plädierte für einen Abriss der Kirche. Auf dem frei werdenden Gelände sollte Baugelände für junge Familien bereitgestellt werden.

Dass eine mögliche Aufgabe der Friedenskirche auch Wehmut aufkommen lässt, auch das machten Wortmeldungen in der von Jutta Schwarzmüller und Klaus Scheunig vom Bischöflichen Ordinariat Speyer moderierten Aussprache deutlich. Anne Riegel fragte nach, ob nicht ein Abtragen des Turms die Problematik reduziere, wozu die Architektin bemerkte, dass „das baulich schon, aber architektonisch eben nicht machbar“. Riegel regte auch an, mit der Gründung eines Fördervereins zum Erhalt der Kirche beizutragen.

Johannes Seibel sprach die Weiterverwendung der monumentalen Kreuzigungsgruppe im Chorraum der Kirche, die sein Vater Franz Seibel geschnitzt hatte. Die Figuren sollten, so seine Meinung, „ihren liturgischen Dienst weiterverrichten können, vielleicht in einer anderen Kirche, vielleicht an einem anderen öffentlich zugänglichen Ort“. Man habe sich durchaus Gedanken über die künftige Verwendung der sakralen Gegenstände gemacht, habe aber noch kein „konkretes Ergebnis“, sagte Pfarrer Kästel. Für die Orgel habe man bereits überprüft, ob sie nicht in der alten Kirche installiert werden könne, ergänzte Walter Schmitt. Die Orgel sei freilich zu groß und zu voluminös für den Bartholomäus-Kirchenraum.

Das weitere Procedere sieht nun so aus, wie Pfarrer Kästel ausführte, dass nun umgehend der Verwaltungsrat die Frage der Aufgabe der Kirche per Beschluss lösen müsse. Entscheidet man sich für die Aufgabe, werde die Kirche in einer gottesdienstlichen Feier vom Bischof „profaniert“. Erst dann werden „die weiteren Schritte der Verwertung von Gebäude, Gelände und Inventar“ zu klären sein. Der Pfarrer abschließend: „Ich hätte mir am Ende meiner Zeit in Hauenstein eine andere Aufgabe gewünscht.“ Klaus Scheunig tröstete: „Sie schließen ja nur ein Gebäude, nicht die Gemeinde.“ (ran)

Aus der Jahreshauptversammlung des SCH



HAUENSTEIN. Als „strukturell und finanziell auf gesunden Füßen stehenden Verein“ präsentierte Vorstandssprecher Christoph Keller den Sport-Club Hauenstein bei der von über 40 Mitgliedern besuchten Mitgliederversammlung des Vereins, der 2019 sein hundertjähriges Bestehen feiern darf. Einen Schatten auf das Jubiläumswort wirft allerdings die sportliche Malaise, droht der ersten Mannschaft des SCH doch der Abstieg aus der Verbandsliga.

Nach dem Umbruch vor zwei Jahren, als der Verein nach dem Rücktritt fast der gesamten Vorstandschaft in eine existenzbedrohende Krise geraten war, haben es die drei gleichberechtigten Vorsitzenden Steffi Dums, Christoph Keller und Udo Memmer und eine engagierte erweiterten Vorstandschaft „mit der Hilfe vieler SCHler“ geschafft, den Traditionsclub aus dem Wasgau wieder in ein ruhiges und sicheres Fahrwasser zu führen. Erstmals seit Jahren habe man auch, so Keller, wieder einen Mitgliederzuwachs verzeichnen können: Aktuell hat der Verein 382 Mitglieder, darunter 148 Jugendliche.

Einen „Riesenaufwand“ müsse der Verein betreiben, um seine Anlage mit dem Rasenplatz unter dem Needing, mit dem Rasen des Wasgaustadions, der vom Kreis gepachtet ist, und mit dem Clubheim in der Speyerstraße zu pflegen. Dabei seien die „Dienstagsoldies“ eine unverzichtbare Hilfe: „Ohne euch könnte der Verein nicht existieren“, lobte Keller die Gruppe, die regelmäßig dienstags die Anlagen in Schuss hält.



Zur Sache: Der SCH wird hundert

Auf stolze hundert Jahre kann der SCH zurückblicken. Bei der Jahreshauptversammlung stellte Vorstandssprecher Christoph Keller die Grundzüge des Jubiläumsprogramms vor.

Am 24.03.2019 –auf den Tag genau hundert Jahre nach der Gründung- wird es im Bürgerhaus eine Festversammlung geben, zu der sich bislang 200 Gäste angemeldet haben. Im Rahmen des Festaktes wird auch das Festbuch vorgestellt: Auf 390 Seiten haben Markus Kuntz, Eugen Klein und Thomas Schächter die SCH-Historie

aufgearbeitet, ein „gigantisch gutes Werk“, wie Keller versprach. Das Festbuch wird zu einem Preis von 15 Euro angeboten

Der SCH wird am 30. Mai den Pokalendspieltag der Jugendteams des Fußballkreises Pirmasens/Zweibrücken und am 22. Juni den Verbandsjugendtag des SWFV ausrichten. Vom 23. bis 28 Juli. wird es eine Fußballwoche geben, zu der man unter anderem die Traditionsmannschaft von Borussia Mönchengladbach erwartet. Nach dem 40. „Pfälzer Abend“ am 26. Juli folgt am Kerwesamstag, 31.08., ein großes Open-Air-Konzert auf dem Rathausplatz mit Oli Dums „and friends“. Für den 26.10. lädt man unter dem Titel „Player’s Night“ ehemalige Kicker des SCH ein und will mit ihnen mit Fotos, Filmen und Videos alte und sehr erfolgreiche Zeiten wieder aufleben lassen. (ran)

Dennoch: „Die Pflege unserer Anlagen und damit unseres Vermögens ist sehr kostenintensiv“, stellte der Vorstandssprecher fest und nannte die Summe von 25.000 Euro, die pro Jahr aufzubringen seien. Die Tatsache, dass die Mitgliedsbeiträge gerade 23.000 Euro in die Kassen bringen, mache deutlich, dass „der Verein ohne Sponsoren nicht handlungsfähig“ sei.

Ihnen sei es zu verdanken, dass der Verein finanziell „kerngesund“ dastehe. Keller bedankte sich vor allem bei Hauptsponsor Carl-August Seibel, der „seine Zusagen komplett eingehalten“ habe. Der SCH sei schuldenfrei, verfüge über eine „gute Liquidität“ und ein ansehnliches Vermögen. Man habe nur eine Darlehensverpflichtung zu bedienen, die aus der Installation einer Photovoltaikanlage auf dem Sportheim herrührt, die sich aber quasi selbst finanziere.

Sportlich sehe es nach der guten Saison 17/18, die man mit dem siebten Platz in der Verbandsliga abschloss, derzeit nicht gut aus: „Alles, was in der vorigen Saison sensationell gut lief, läuft in der laufenden Saison schlecht“, beklagten Keller und der für den sportlichen Bereich zuständige Vorsitzende Udo Memmer unter anderem „großes Verletzungspech, das sieben, acht Führungsspieler traf“. Memmer erinnerte beispielsweise daran, dass man auch mal mit neun U20-Spielern auflaufen musste, auch sehr empfindliche Niederlagen kassieren musste und derzeit Tabellenletzter der Verbandsliga ist.

„Es wird schwer, die Verbandsliga zu halten“, sagte Memmer. Aber: Sollte der Klassenerhalt nicht gelingen, dann werde man mit einem „Kader mit 22 für die Landesliga sehr starken Spielern“ und mit „dem ambitionierten und fußballerisch guten Spielertrainer Niklas Kupper“ versuchen, das Projekt Wiederaufstieg zu packen. Nach wie vor setze der Verein auf Spieler aus der eigenen Jugend: Sieben bisherige A-Junioren werden in den Kader der aktiven Mannschaft aufrücken. Probleme gebe es im Kinderbereich. Hier gelte es, mit „gut ausgebildeten Trainern“ anzusetzen und aufzubauen. Die Fußballsenioren trugen wenige Spiel aus, seien jedoch im geselligen Bereich „sehr aktiv“.

Neuwahlen:

Vorstandsvorsitzende: Steffi Dums, Christoph Keller, Udo Memmer

Vorstandsmitglieder: Helmut Albrecht, Helmut Glaser, Michael Göbbels, Alexander Göbbels, Hans-Peter Mayer, Alexander Seibel, Mario Küsters, Hanno Koch, Erich Köhl, Dietmar Daub

Vertreter der Jugendabteilung: Thomas Falkenhain

Vertreter der AH-Abteilung: Markus Laux

Aus der Verbandsgemeinderatsitzung

HAUENSTEIN. Der Verbandsgemeinderat Hauenstein hat -wie erwartet- die Umlage, die die Ortsgemeinden an die Verbandsgemeinde 2019 zu entrichten haben, einstimmig um einen Punkt auf 28 Prozent gesenkt. Er genehmigte ebenso einstimmig die Planung für die Abwasserbeseitigung und die Wasserversorgung für das künftige Baugebiet am „Sonnenhang“ in Hauenstein und überwies einen CDU-Antrag auf Senkung der Gebühren im Abwasserbereich an den Werksausschuss.

Senkung der Umlage

Wie Kämmerer Roger Hammer ausführte, zeichne sich für das laufende Haushaltsjahr 2019 ein Überschuss bei den laufenden ordentlichen Zahlungen ab. Veränderungen im Bereich des kommunalen Finanzausgleichs führten dazu, dass bei gleichbleibender Umlage der Haushalt 2019 um knapp 100.000 Euro über dem bisherigen Planwert abschliesse. Diese Beträge wolle man an die Ortsgemeinden ausschütten.

Ein Prozentpunkt belaufe sich, so der Kämmerer, im Haushaltsjahr 2019 auf 92.300 Euro. Nach einer Senkung des Umlagesatzes liege das Einnahmenplus durch die VG-Umlage immer noch um knapp 7.000 Euro über der bislang veranschlagten Summe. Der Haushalt 2019 hatte planmäßig mit einer negativen freien Finanzspitze von 3.100 Euro abgeschlossen. Unter Berücksichtigung der neuen Zahlen errechnete der Kämmerer nun für 2019 eine freie Finanzspitze von 3.140 Euro. Insgesamt, so der Kämmerer, stehe die VG „finanziell sehr gut“ da.

Mit der nunmehr dritten Umlagesenkung seit dem Doppelhaushalt 2017/18 seien die Ortsgemeinden um insgesamt knapp 770.000 Euro entlastet worden, hatte Bürgermeister Werner Kölsch die Diskussion eröffnet, bei der Sprecher aller Fraktionen die Senkungen begrüßten. „Das ist erneut eine nachhaltige Entlastung der Ortsgemeinden und das ist keine Selbstverständlichkeit“, stellte Herbert Schwarzmüller (FWG) fest.

Manfred Seibel (Grüne) sprach von einem „fairen Umgang mit den Gemeinden“, Bernhard Rödiger (FDP) zeigte sich zufrieden „mit der Entwicklung der vergangenen Jahre, die die Gemeinden finanziell besser ausstattet“. Und Andreas Wilde (SPD) betonte, dass die „Koalition mit ihrer Politik für die Ortsgemeinden Wort gehalten habe“. Michael Zimmermann (CDU) schließlichs betonte, dass „das, was wir an die Ortsgemeinden verteilen, ja auch von den Ortsgemeinden erwirtschaftet wurde“.

Der einstimmig gefasste Beschluss über die Senkung der Umlage wurde auf Antrag von Manfred Seibel ergänzt um eine Absichtserklärung: Sollte sich die Entwicklung weiterhin positiv darstellen und der Statusbericht zum Haushalt 2019 im Herbst Spielräume öffnen, werde man über eine weitere Senkung der Umlage befinden.

CDU: Abwassergebühren senken

Michael Zimmermann führte aus, dass zwischen den in den Wirtschaftsplänen der Werke und den auf den Abrechnungen der Haushalte aufgeführten Beträgen eine Diskrepanz bestehe: Auf den Bescheiden würden den Bürgern bei den Positionen Schmutzwasser und Wiederkehrende Beiträge Schmutzwasser sowie beim Niederschlagswasser und den Wiederkehrenden Beiträgen Niederschlagswasser höhere Beträge berechnet als in den Plänen verzeichnet sind. Daraus resultiere ein Gewinn des Kanalwerks von über 220.000 Euro, der auf dieser Diskrepanz beruhe. Diese Summe sollte man den Bürgern zurückgeben. Das erbrächte eine Entlastung von im Schnitt 56 Euro pro Haushalt, „nicht viel, aber ein Betrag, über den es sich zu reden lohnt“.

Bürgermeister Kölsch führte aus, dass es aus wirtschaftlichen Gründen notwendig sei, die Gebühren zu halten, zumal man zuletzt schon die Schmutzwassergebühr um 16 Cent pro Kubikmeter reduziert habe. Das Kanalwerk habe aktuell Verbindlichkeiten in Höhe von 10,8 Millionen Euro, das Abwasserbeseitigungskonzept sehe weitere hohe Investitionen vor. Auch Manfred Seibel nannte „exorbitante Schulden und hohe Investitionen“. Wenn sich aber „Spielräume ergeben“, könne er aber durchaus „mitgehen“. Herbert Schwarzmüller und Andreas Wilde zeigten sich „verwundert“ über den CDU-Antrag, der den Rat unvorbereitet treffe. Mit den Stimmen der Koalition wurde der Antrag schließlich zur Vorberatung an den Werksausschuss verwiesen, bei dessen Sitzung man auch den Wirtschaftsprüfer einladen solle.



Foto: Sonnenhang (ran)

Planung für Erschließung „Am Sonnenhang“ genehmigt

Dem Rat lag die Entwurfsplanung für die Anlagen zur Abwasserbeseitigung und die Wasserversorgung im künftigen Neubaugebiet „Am Sonnenhang“ vor, die die beauftragte WVE Kaiserslautern bereits dem Werksausschuss vorgestellt hatte. Nach den Vorgaben des Landeswassergesetzes müsse das Neubaugebiet im Trennsystem entwässert, wobei das Niederschlagswasser in einem Rückhaltebecken gesammelt werden soll. Die Trinkwasserversorgung wird in das bestehende Leitungsnetz eingebunden.

Nach den Zahlen, die Helge Schneider dem Rat vorlegte, wird die Erschließung deutlich teurer als angenommen. Während in den Wirtschaftsplänen für die Kanalisation mit Rückhaltebecken insgesamt 787.000 Euro (brutto) eingestellt sind und für Wasserversorgung 155.000 Euro (netto), ist nun mit Kosten von rund 590.000 Euro für den Regenwasserkanal, von 496.000 Euro für den Schmutzwasserkanal und von 134.000 Euro für das Rückhaltebecken zu rechnen, sodass alleine die Abwasserbeseitigung mit brutto rund 1,22 Millionen Euro zu Buche schlägt. Für die Wasserversorgung werden die Kosten auf netto 206.000 Euro geschätzt. Schneider führte die hohen Kosten unter anderem auf die Gefällesituation zurück: So müsste der Kanal bis zu sieben Meter tief verlegt werden.

Der Rat stimmte der Planung einstimmig zu.

Radweg Lug-Sarnstall

Bürgermeister Werner Kölsch informierte den Rat über einen neuen Vorstoß zur Realisierung eines Radweges Lug-Sarnstall. Gespräche mit der VG Annweiler, dem Forst und dem Landesbetrieb Mobilität hätten stattgefunden und auch eine „Befahrung“ der möglichen Trasse, die von der Luger Bergstraße über die Kaisermühle bis zur Straßenmeisterei bei Sarnstall führen soll, habe man durchgeführt. Man wolle nun die Stellungnahmen der Behörden einholen und die Frage der Förderung mit Mainz klären. Die Fahrradtrasse sei, so Kölsch, bedeutsam, weil Radfahrer auf der K91 -der Straßenverbindung zwischen Lug und dem Annweilerer Ortsteil Sarnstall durch das Rimbachtal- gefährdet seien. Und sie sei auch „touristisch wichtig“, weil sie eine Lücke im Radwegenetz schliesse und Verbindungen in viele Richtungen öffne. Das Verfahren sei nun angestoßen, man wolle es zielstrebig verfolgen. Ohne Landeszuschuss sei es allerdings nicht zu realisieren.

Fusionsgespräche

Wie Bürgermeister Werner Kölsch mitteilte, laufen die Gespräche zwischen den beiden Fusionspartnern auf der Basis der Arbeitsgruppen aus den beiden Verwaltungen weiter. Acht Arbeitsgruppen seien gebildet worden. Das letzte Gespräch werde am 20. März stattfinden. Wann die Ergebnisse in die mit politischen Vertretern besetzte Lenkungsgruppe eingespeist werden, sei noch offen. Der ursprüngliche Fusionstermin 01.07.2020 sei nicht zu halten. Von der Landesregierung sei noch kein konkreter Termin genannt.

Werkleitung

Der Rat bestellte Helge Schneider zum kommissarischen Werkleiter und Jochen Kerner zu seinem ebenso kommissarischen Stellvertreter.

Auftragsvergabe „In den Birken“ Hinterweidenthal

Einstimmig vergab der Rat den Auftrag für Sanierungsarbeiten an der Kanalisation und Wasserversorgung „In den Birken“ in Hinterweidenthal. Diese Arbeiten wurden als Gemeinschaftsmaßnahme mit dem Straßenausbau der Ortsgemeinde ausgeschrieben. Nur zwei Firmen haben Angebote abgegeben. Der Auftrag ging an die Firma Eurovia Teerbau GmbH aus Neunkirchen zum Angebotspreis von 1.32 Millionen Euro.

Bürgermeister Bernhard Rödiger verzichtet auf erneute Kandidatur



HAUENSTEIN. In einer kurzen Mitteilung im Amtsblatt hat der amtierende Bürgermeister der Ortsgemeinde Hauenstein, Bernhard Rödiger (FDP), seinen Verzicht auf eine erneute Kandidatur erklärt.

Er habe sich „zur Beantwortung der Frage, ob ich ein viertes Mal als Bürgermeisterkandidat antrete, eine lange Bedenkzeit gegeben“. Nach Abwägen der Gesamtsituation komme er zu dem Ergebnis, „nicht mehr die große Verantwortung für das Amt des Bürgermeisters auf die Dauer einer ganzen Wahlperiode übernehmen zu können. Daher verzichte ich auf eine weitere Kandidatur für das Bürgermeisteramt“, schreibt Rödiger, der im Juli 75 Jahre alt wird.

Es habe in den 15 Jahren seiner Amtszeit „Höhen und Tiefen, viele Erfolge und gelegentlich auch Enttäuschungen“ gegeben. Sei Bestreben sei immer gewesen, „Hauenstein zukunftsfähig, lebens- und liebenswert zu gestalten“. Er danke allen, die ihn „mit guten Ideen und konstruktiver Kritik begleitet“ haben. Für die Wahlen am 26. Mai werde er, weil ihm „die Kommunalpolitik am Herzen“ liege, als „ehrenamtliches Ratsmitglied kandidieren.“

Nach dem Verzicht Rödigers auf eine erneute Kandidatur stehen bislang drei Kandidaten für seine Nachfolge fest: Für die CDU tritt Michael Zimmermann an, die SPD kürte Andreas Wilde zum Bürgermeisterkandidaten. Und als freier Bewerber stellt sich Tobias Walter dem Votum der Wähler. (ran)

Für die Wahl des Verbandsgemeinderates Hauenstein bringt die CDU Manfred Schary (Hinterweidenthal) an der Spitze

HAUENSTEIN. Mit Manfred Schary (Hinterweidenthal) an der Spitze geht die CDU in die Wahl des Verbandsgemeinderates Hauenstein, der nur bis zum Vollzug der Fusion mit der VG Dahner Felsenland im Amt bleiben wird. Unter den gegebenen Voraussetzungen werde man sich zu „hundert Prozent für eine freiwillige Fusion mit der VG Dahner Felsenland einsetzen“, betonte Schary.

Die Voraussetzungen brachte Schary so auf den Punkt: Die rot-grün-gelbe Landesregierung habe die Auflösung der VG Hauenstein beschlossen und sich über das Bürgervotum für eine Fusion mit der VG Annweiler hinweggesetzt. Ein Antrag der CDU-Fraktion im Verbandsgemeinderat auf Erhalt der VG sei von der Mehrheitskoalition abgelehnt worden. Es bleibe nun nur, auf eine freiwillige Fusion

hinzuarbeiten und Einfluss auf die „Modellierungsmöglichkeiten der künftigen VG“ zu haben. Eine Zwangsfusion bringe nur Nachteile.

Spitzenkandidat Schary widersprach „Ängsten, die geschürt“ würden: Das Hauensteiner Freibad werde „sicher“ nicht geschlossen, die Realschule plus in Hauenstein habe „sicher“ eine Zukunft, werde sie doch vom Landkreis mit „sehr viel Geld auf den modernsten Stand gebracht“. Auch müsse man nicht für jede „Beglaubigung nach Dahn fahren“, weil es in Hauenstein ein Bürgerbüro geben werde. Er schlug auch vor, jede zweite Ratssitzung der fusionierten VG in Hauenstein stattfinden zu lassen.

Schary nannte Möglichkeiten, wie die zu erwartende „Hochzeitsprämie“ sowie die zusätzlichen Fördermittel, die das Land in Aussicht gestellt habe, verwendet werden könnten: Er führte unter anderem eine Gesamtanierung des Hallenbades in Hauenstein und die „stärkere Förderung“ des Erlebnisparks Hinterweidenthal ebenso an wie einen gemeinsamen Premiumwanderweg über mehrere Etappen -als „Fusionsweg“ durch die neue Verbandsgemeinde.

Ergänzend hierzu führte der an Platz zwei nominierte Michael Zimmermann aus, dass nach Informationen aus dem Ministerium „bereits ein ganzer Stapel von Wünschen aus der VG Dahner Felsenland vorliege, welche Projekte außerhalb der „Hochzeitsprämie“ gefördert werden könnten. Aus der Verwaltungsspitze Hauenstein sei bislang nichts gekommen: „Fehlendes Engagement?“, fragte Zimmermann.

Er kritisierte auch die Aussagen der Koalition, die Senkung der Umlage sei Ausfluss der eigenen Politik: Die Umlagen konnten gesenkt werden, weil die „Einnahmen sprudeln“. Allein das und nicht die Politik der Koalition habe die Senkung der Umlage, die ja auch von der CDU vorgeschlagen, aber zunächst von den Mehrheitsfraktionen abgelehnt worden sei, möglich gemacht.

Kein Verständnis äußerte Schary für die Tatsache, dass die Mehrheitskoalition sich einer Verlängerung der Wahlzeit verweigerte. Das habe dazu geführt, dass die Fusionsverhandlungen „auf die lange Bank“ geschoben worden seien: „Das schadet allen, weil mit Blick auf die anstehende Fusion freiwerdende Stellen in der Verwaltung nicht mehr besetzt werden dürfen“, führte Schary aus. „Verwundert und sehr enttäuscht“ habe er zur Kenntnis genommen, dass sich „führende Kommunalpolitiker in der Lenkungsgruppe für eine Wahlzeitverlängerung aussprachen, im Rat aber dagegen gestimmt haben“.

Wie MdL Christof Reichert ergänzte, hätten im Land fünf Verbandsgemeinden dieser Option zugestimmt: „Das wäre auch bei uns der richtige Weg gewesen“, sagte Reichert, der die Kandidatenkür leitete. Mit Blick auf die Tatsache, dass die „Volkspartei SPD“ auf ihrer Verbandsgemeindeliste gerade mal 13 Personen präsentieren konnte, stellte Reichert fest, dass sich die Sozialdemokraten mit der Ablehnung der Wahlzeitverlängerung „offenbar selbst ins Knie geschossen“ hätten.

Auf der Liste der CDU, die 28 Wahlberechtigte am Freitagabend zusammenstellten, sind Kandidaten aus fünf der acht Ortsgemeinden vertreten. Unter den 26 Bewerbern für die 24 Ratssitze sind vier Frauen. Jüngster Kandidat ist der 20-jährige Eric Brüderle aus Lug, Listensenior ist der 77-jährige Fritz Schwarzmüller, der 20 Jahre lang Bürgermeister von Schwanheim war.

Die Kandidatenliste:

1. Manfred Schary (Hinterweidenthal)
2. Michael Zimmermann (Hauenstein)
3. Markus Pohl (Hauenstein)
4. Dietmar Schweinebarth (Schwanheim)
5. Norbert Meyerer (Hauenstein)
6. Joachim Sanden (Hauenstein)
7. Eric Brüderle (Lug)

8. Günter Schneider (Hauenstein)
9. Jochen Hagenmüller (Hauenstein)
10. Wolfgang Schweitzer (Hinterweidenthal)
11. Maria Zimmermann (Hauenstein)
12. Tobias Bärmann (Hauenstein)
13. Heidi Schöffel (Wilgartswiesen)
14. Johannes Seibel (Hauenstein)
15. Fritz Schwarzmüller (Schwanheim)
16. Günther Pritz (Hinterweidenthal)
17. Christof Glaser (Hauenstein)
18. Stefan Greiner (Hinterweidenthal)
19. Monika Roman (Hauenstein)
20. Ilona Schary (Hinterweidenthal)
21. Steffen Krämer (Hauenstein)
22. Horst Eisenmann (Hauenstein)
23. Ulf Tiede (Hauenstein)
24. Manfred Seibel (Hauenstein)
25. Lukas Pohl (Hauenstein) - Ersatzkandidat
26. Urban Kurz (Lug) - Ersatzkandidat

Aus der Jahreshauptversammlung des Pfälzerwaldvereins



HAUENSTEIN. Rund 50 der insgesamt 918 Mitglieder nahmen am Freitagabend an der Jahreshauptversammlung des Pfälzerwaldvereins Hauenstein teil. Der Vorsitzende des mittlerweile zweitgrößten Vereins innerhalb des PWV, Raymund Burkhard, musste im Rahmen der sehr harmonischen Veranstaltung freilich eine Hiobsbotschaft mitteilen: Am Wanderheim „Dicke Eiche“ steht eine umfängliche Dachreparatur an.

Wie Burkhard erläuterte, seien beim Austausch von Dachfenstern im „Mittelteil“ der beliebten Waldgaststätte Schäden an der Dacheindeckung und der Dämmung erkannt worden, die eine umgehende Reparatur notwendig machten: „Wir müssen mit Kosten in Höhe von rund 40.000 Euro rechnen“, teilte der Vereinschef mit. „Einige tausend“ Euro Schaden hatte zudem Sturmtief Friederike im Januar 2018

verursacht: Garnituren waren zu erneuern, das Gelände war zu reparieren. Die Versicherung habe Teile des finanziellen Schadens übernommen.

Nach wie vor eine Hängepartie ist die seit mehreren Jahren ins Auge gefasste Neuverlegung von Abwasserkanal und Wasserleitung aus dem Tal zur Hütte, wofür „wohl mehrere hunderttausend Euro“ aufgewendet werden müssten. Es sei „derzeit ungemein schwierig, überhaupt Angebote für die Maßnahme“ bekommen, klagte Burkhard. Zuschüsse seien beantragt.

Erfreut registrierte der Vorsitzende, dass über die den sogenannten „Schnuhüdi“-sprich Schnupperhüttdienst- neue Aktive für den Dienst im Wanderheim gewonnen werden konnten. 1012 Helfer waren im Einsatz, um die Hütte im vergangenen Jahr an 145 Tagen öffnen zu können. Bei einer Verweildauer der Gäste von 1,35 Tagen wurden rund 2.000 Übernachtungen gezählt.

Burkhard dankte allen Helfern, die es ermöglichen, dass das Wanderheim für Einheimische und Gäste an so vielen Tagen seine Pforten öffnen könne. Mit der Hütte, für die der Verein im letzten Jahr „eine überaus wertvolle Arbeit“ leistende Fachkraft einstellte, liefere man „eine unschätzbare Leistung für den Tourismus“, betonte Raymund Burkhard. Die Profis des Pfälzertourismus ließen denn auch keine Möglichkeit aus, um auf die Wanderhütten als „Alleinstellungsmerkmal“ des Pfälzerwalds hinzuweisen.

Für die Gruppe „Junge Familie“ berichtete Jochen Rödiger über eine Vielzahl von Angeboten, die freilich nicht alle so gut angenommen werden wie die Osterwanderung, das Adventsbasteln oder die Hüttenübernachtung. Einzelne Veranstaltungen mussten gar wegen mangelnder Nachfrage ausfallen. Eine Erfolgsbilanz konnte -wie gewohnt- Seniorenwart Hermann Landau präsentieren. 41 „Wandertage“ haben die Senioren absolviert und jede Wanderung sei „ein besonderes Erlebnis“ gewesen. 1760 Mitwanderer -161 verschiedene Personen- konnte man begrüßen. Mit durchschnittlich 43 Wanderern wurden über 9.000 Kilometer zurückgelegt.

Wie Wanderwart Michael Keiser vorrechnete, stellten damit die Wandersenioren 85 Prozent der insgesamt 2.102 Teilnehmer bei den 64 PWV-Veranstaltungen. Und sie haben 58 Prozent der gemeinsam erwanderten 16.037 Kilometer zurückgelegt. Keiser berichtete von einem abwechslungsreichen Wanderjahr, das man unter das Motto „Genussvoll wandern“ gestellt hatte. Es zeichne sich freilich eine spürbare Stagnation ab: „Zwischen 2008 und 2018 ist die Wanderleistung von 22.500 auf 16.000 Kilometer zurückgegangen. Die Teilnehmerzahl bei Planwanderungen ist seither um 60 Prozent geschrumpft“, teilte Keiser mit. Eine „Tendenzwende“ sei nicht abzusehen. Für das 2019 formulierte er das Ziel, das „aktive Vereinsleben zu stärken“.

Für die Naturschutzgruppe referierte Heiner Reck. Bei einer Vogelstimmenwanderung habe man 33 Vogelarten sehen und/oder hören können. Rund um Hauenstein konnten 52 Vogelarten -darunter erstmals nach einer Pause wieder der Kuckuck- nachgewiesen werden. Auch der Uhu brüte unweit der Wasgau-Gemeinde, was freilich die Falken davon abgehalten habe, Nester an Hauensteiner Felsen zu bauen. Dank und Lob hatte PWV-Chef Burkhard nicht nur für den 83-jährigen Heiner Reck, sondern auch für Markierungswart Peter Schwierzina, der „unzählige Stunden“ investiere, um die Wanderwege „bestens markiert und toll in Schuss zu präsentieren“.

Im Rahmen der Versammlung wurden auch treue Mitglieder geehrt.

50 Jahre Mitgliedschaft: Michael Bisson, Marianne und Walter Meyer, Heribert Scheib, Wendelin Scheib

40 Jahre: Thea und Bernhard Friebis, Maria und Günter Noll-Hussong, Peter Weschler

25 Jahre: Bernd und Helga Geißinger, Hans Gerstle, Thomas Gläßge, Andreas Kern, Harry Kerth, Jürgen Meyer (Mommelshoffen), Anton Scheib, Michael Seibel, Margot Seibel-Schal (Dormagen) (ran)

Mensa der Hauensteiner Wasgauschule soll bis zum Schuljahresbeginn 2019/20 fertiggestellt sein



Foto: Der Kreis als Schulträger der Realschule plus Hauenstein investiert brutto 930.000 Euro in den Umbau der bisherigen Pausenhalle in eine rund 170 Quadratmeter große Mensa, die zum Schuljahresbeginn 2019/20 fertiggestellt sein soll. (ran)

HAUENSTEIN. Wie die Pressestelle der Kreisverwaltung mitteilte, liegen die Arbeiten beim Umbau der Pausenhalle der Hauensteiner Wasgauschule zu einer großzügigen Mensa sowohl im geplanten Kosten- als auch im Zeitrahmen. Der Kreis als Schulträger der Realschule plus investiert brutto 930.000 Euro in das Projekt, das zum Schuljahresbeginn 2019/20 fertiggestellt sein soll.

Die neue Mensa, die die verschiedenen Provisorien, mit denen der Ganztagsbetrieb der Schule in der Vergangenheit leben musste, beendet, entsteht am Platz der bisherigen Pausenhalle. Ihre beiden offenen Seiten wurden bereits mit einer Aluglasfassade geschlossen, sodass ein rund 170 Quadratmeter großer Raum entstanden ist, der die Essensausgabe und den Speisesaal für die Ganztagschüler aufnehmen wird. Als Mehrzweckraum wird er auch für sonstige Schulveranstaltungen nutzbar sein.

Nachdem die Glasfassade montiert wurde, konnte „die Baustelle beheizt und mit dem Innenausbau und den Haustechnikarbeiten begonnen werden“, teilte die Kreisverwaltung weiter mit. Alle notwendigen Arbeiten mit Ausnahme der Außenanlage und der Malerarbeiten seien bereits vergeben. Rund um die künftige Mensa zieht sich bereits eine pergolaähnliche Überdachung, die als Schattenspendler für die Mensa und bei Regen als Pausenhalle dienen kann.

Im Zuge der umfangreichen Umbaumaßnahme wird auch die bisher von der Pausenhalle aus erreichbare Toilettenanlage grundlegend verändert. Sie wird jetzt über einen vom Foyer der Schule ausgehenden Flur, der hinter der künftigen Mensa liegt, erschlossen. Die Sanitärräume wurden auf Rohbauniveau rückgebaut. Sie werden total erneuert und behindertengerecht angelegt. Die Grundinstallation ist bereits weitgehend erledigt.

Für die Zeit der Bauarbeiten nehmen zwei vor dem Schulgebäude platzierte Container die Pausentoiletten auf. Der Haupteingang der Schule ist derzeit geschlossen. Die Schule ist über den Eingang am Lehrerparkplatz erreichbar. (ran)

Mehr als hundert Jahre alter Kiefernbestand gefällt



Foto: Nur noch die Stümpfe der gefällten Kiefern sind an der Nordostflanke des Neding zu sehen, die Laubbäume blieben erhalten. Die Rodung hatte für einige Aufregung gesorgt. Alles korrekt gelaufen, betonen Forst und Gemeinde. (ran)

HAUENSTEIN. Einige Aufregung gab's in den letzten Tagen um eine forstliche Maßnahme an der Südostflanke des Neding: Dort wurde auf einer Fläche von rund 6000 Quadratmetern ein mehr als hundert Jahre alter Kiefernbestand gefällt. „Dass man diesen wertvollen Bestand umlegt und wunderschöne Natur zerstört, ist nicht nachzuvollziehen“, sagt Anlieger Dieter Müller. Rudolf Ahrens-Botzong von der IG Landschaft Südwest vermutet gar einen zweiten Fall Zweibrücken. Dort hatte die „nicht abgesprochene nahezu Gesamtrödung des Wäldchens oberhalb der alten Brauerei in Zweibrücken“ die Gemüter erregt. Forst und Gemeinde verteidigen die Maßnahme: „Alles korrekt gelaufen!“.

Dieter Müller war am Montag dieser Woche vom Heulen der Motorsägen aus der morgendlichen Ruhe aufgeschreckt: Forstarbeiter legten Hand an den Kiefernbestand oberhalb seines Hauses. Er war davon ausgegangen, dass ein Schutzstreifen für sein eigenes und das Nachbaranwesen freigeschnitten werden sollte, was „so besprochen war und auch in meinem Sinne gewesen wäre“.

Nachdem ihm aber die Arbeiter mitgeteilt hatten, dass im gesamten Hang die Kiefern umgelegt werden sollten, habe er sofort versucht, mit den „möglicherweise zuständigen Stellen“ Kontakt aufzunehmen, ohne Erfolg, wie er sagt: „Bürgermeister Rödiger war telefonisch nicht erreichbar, der zuständige Revierleiter war in Urlaub, sein Stellvertreter wusste nicht Bescheid. Auch bei der Unteren Naturschutzbehörde bei der Kreisverwaltung habe ich niemand erreicht, um einen möglichen Aufschub der Maßnahme zu erreichen“, berichtete Müller der Rheinpfalz, der mittlerweile auch mit Michael Grünfelder dem Leiter des Forstamtes Hinterweidenthal Kontakt aufgenommen hatte.

Er sei selbst engagierter Naturschützer, sei unter anderem auch engagiert gewesen in der Bürgerinitiative, die sich gegen Windräder am Langerkopf stark machte. Ihm gehe es nahe, dass ein „hochwertiger Wald“ fallen müsse, gerade vor dem Hintergrund der derzeitigen CO₂-Diskussion. „Es ist für uns und die nachfolgenden Generationen wichtig, dass Wald erhalten bleibt“, bezieht er Stellung und betrachtet es als Erfolg seiner Intervention, dass „zumindest erreicht wurde, dass nur die Kiefern umgelegt wurden und die wenigen Laubbäume erhalten blieben.“

Müller berichtet auch, dass er vor einiger Zeit der Gemeinde ein Kaufangebot über das Gelände samt

Bestand vorgelegt habe zu einem „Preis, der fast doppelt so hoch war wie der derzeitige Marktpreis“. Ortschef Rödiger habe sein Angebot abgelehnt mit dem Hinweis, dass die Fläche als „Ausgleichsfläche“ für das Baugebiet „Am Sonnenhang“ vorgesehen sei. „Die Rodung eines alten Walds zum Ausgleich einer anderen Rodung“ – hier die Rodung unter a.a. der Streuobstwiesen im „Mühlbistl“, wo die 40 Bauplätze entstehen, nennt nun freilich die IG Landschaft Südwest „ökologisch absurd“.

Michael Grünfelder stellte auf Rheinpfalz-Anfrage zunächst in Abrede, dass die Kiefernrodung eine spezielle Ausgleichsmaßnahme für den „Sonnenhang“ darstelle. Die Fläche sei vielmehr eine „potenzielle Ökokontomaßnahme“ für die Ortsgemeinde. Auch Ortsbürgermeister Rödiger hatte gegenüber der Rheinpfalz erklärt, dass man „eine Ökokontofläche für weitere Entwicklungen der Ortsgemeinde schaffen“ wolle.

Grünfelder verteidigte denn auch die Rodung als „ordnungsgemäße Maßnahme der Waldwirtschaft, bei der auch nicht in Ansätzen gegen irgendwelche rechtlichen Vorgaben verstoßen wurde“. Es sei im Einvernehmen mit dem Waldbesitzer, der Ortsgemeinde Hauenstein, ein rund 120 Jahre alter Kiefernbestand entnommen worden, der rund 150 bis 200 Festmeter umfasst. Diese Kiefern hätten nach der Schaffung eines Schutzstreifens für den Neubau des Seniorenheims „im Wind“ gestanden und damit ein besonderes Risiko dargestellt.

„Aus Gründen der Verkehrssicherheit war es mehr als vernünftig, diese Kiefern zu entnehmen“, sagte Grünfelder. Sie seien, wie auch Rödiger betonte, „erntereif“ gewesen. Man habe ja auch keineswegs einen „Kahlschlag“ durchgeführt. Vielmehr könnten sich auf der von Kiefern freigeräumten Fläche nun die dort im Unter- und Zwischenstand stehenden Laubbäume „akklimatisieren“. „Diese Waldrandbepflanzung soll sich nun mit möglichst vielen Baumarten -Eiche, Buche, Kastanie und Kirsche beispielsweise- stabil entwickeln können und forstlich betreut einen artenreichen Zustand erreichen.“ Für die Anlieger verschlechtere sich die Situation dadurch keineswegs. „Sie wird nur sicherer“, betonte Grünfelder.

Die Kreisverwaltung teilte auf unsere Nachfrage mit, dass „für die forstwirtschaftliche Maßnahme an sich keine Genehmigungspflicht“ bestanden habe. Es habe jedoch Gespräche zwischen der Unteren Naturschutzbehörde und dem Forstamt Hinterweidenthal im Hinblick auf die Frage, ob die Maßnahme ökokontofähig sei, gegeben. Bereits im Dezember 2018 sei vereinbart worden, dass durch eine Auflichtung auf einer Fläche von ca. 0,5 ha eine ökologische Aufwertung erreicht werden könne. Nach der Auflichtung seien „Sträucher und Bäume zweiter Ordnung zu pflanzen“. Die Gesamtmaßnahme sei „grundsätzlich ökokontofähig“. Ein entsprechender Antrag zur Aufnahme in das Ökokonto sei vom Forstamt Hinterweidenthal im Januar 2019 gestellt worden. (ran)